



Hätte, hätte...

Bernhard Krüsen

Dass man hinterher immer klüger ist, weiß der Volksmund, und auch, dass es nutzlos ist, über vergebene Chancen zu klagen. In Sachen Düngeverordnung trifft diese Plattitüde in weiten Teilen zu, deshalb sollten sich alle Beteiligten das nochmal gründlich ansehen.

Fehlender Mut und Konstruktionsfehler

Seit Jahren fordern wir – sowohl vor der 2017er DüngeVO als auch zur aktuellen Novelle – eine verpflichtende und verbindliche Regel zur sogenannten Binnendifferenzierung der roten Gebiete, und zwar nach dem Prinzip rotes Gebiet gleich Einzugsbereich von roten Messstellen. Ein hinreichend dichtes Netz von richtig platzierten Messstellen mit nachvollziehbarer Probenahme gehört ohnehin dazu. Der Bundesregierung hat bis vor kurzem der Mut gefehlt, in das Wirrwarr der Länderregelungen und der für diese Aufgabe ungeeigneten wasserrechtlichen Vorgaben einzugreifen. Die Folgen dieses ziemlich zentralen Konstruktionsfehlers der bisher vorliegenden Entwürfe sind bekannt: massiver Unmut unter Landwirten, eine argwöhnische Kommission, die den Druck auf die Bundesregierung ständig erhöht und eine ziemlich festgefahrene politische Diskussion.

Die Entscheidung der Koalitionäre, zusätzliche Mittel für die Begleitung der verschärften Regeln bereitzustellen, ist zwar ein starkes Signal der politischen Wertschätzung und aller Ehren wert, lässt aber diesen zentralen Punkt aus. Nebenbei angemerkt: Das etwas protzige und mehr als unglückliche Etikett „Bauernmilliarde“ hat diesem gut gemeinten und im Grundsatz sinnvollen Paket den medialen

und politischen Todesstoß versetzt. Bei dieser Wortwahl muss man sich nicht wundern, wenn Landwirte sich verschaukelt fühlen.

Nicht länger warten!

In den Regelungen für Messstellen und Gebietskulissen liegt aber der wichtigste Schlüssel, um den Knoten durchschlagen zu können. Eine klare Vorgabe im Sinne von „rotes Gebiet gleich Einzugsbereich von roten Messstellen“ in Verbindung mit einer ebenso klaren Verpflichtung, das



DBV-Präsident Joachim Rukwied im Gespräch mit **Frans Timmermans**, Vizepräsident und Klima-Kommissar der EU-Kommission, im Vorfeld der Grünen Woche
Foto: DBV

Traditionelles Treffen der Milchwirtschaft unmittelbar vor der Grünen Woche

Foto: Kirstin Karotki

Messstellennetz in Ordnung zu halten, dient der Präzision im Gewässerschutz, hält die Flächen über grünen Messstellen aus den Verschärfungen heraus und wird sogar von der EU-Kommission eingefordert. Man kann lange darüber spekulieren, was passiert wäre, wenn man diesen Schritt deutlich früher gemacht hätte, und ob die damit angeschobene Eskalation sich anders entwickelt hätte – hilft aber nicht. Deshalb: nicht länger warten! Wenn das endlich Eingang in die Verordnung findet (was nun beabsichtigt ist, aber bei Redaktionsschluss noch nicht ganz feststand), dürfen die Bundesländer allerdings dieses Prinzip nicht konterkarieren. Einige Länder sind schon auf dem Weg, arbeiten an der Qualität ihrer Messnetze und ergänzen das mit Modellierungen zum regionalen Nährstoffeintrag. Das ist der richtige Weg und sollte natürlich nicht ausgebremst werden, darf aber kein Grund sein, eine verbindliche Regelung in der DüngeVO abzulehnen. Es bleiben für das Bundesratsverfahren noch andere, einschneidende Punkte, die einer Korrektur bedürfen.

Glaubwürdigkeitsvorsprung nicht verspielen

Bei allem Verständnis für den Ärger über die fachlichen Mängel des Düngerechts muss hier noch ein Thema angesprochen werden, das in den zurückliegenden Wochen in einigen Diskussionsforen und -gruppen auffällt. Der Ton wird auch unter Landwirten rauer und aggressiver. Man muss sich dazu den Anspruch der Bauernproteste aus dem Herbst 2019 vor Augen führen: Dialog, und zwar auf Augenhöhe, ohne „Bauernbashing“ und ideologiefrei. Die Negativbeispiele und Auswüchse der sogenannten gesellschaftlichen Debatte haben wir alle vor Augen: tumbe Anti-Agrar-Parolen auf Berliner Demonstrationen am Rande der IGW, Verunglimpfung von Landwirten, Halbwahrheiten und Zuspitzungen, Agitprop und Rechtsbrüche von Tierrechtsgruppen, pauschale Schuldzuweisungen an die Branche als Umweltzerstörer, Tierquäler und Brunnenvergifter – alle für sich genommen nicht repräsentativ, aber in der Summe von Landwirten zu Recht als unerträglich empfunden. Für diese Wahrnehmung gab es in der breiten Bevölkerung hohe Zustimmung und großes Verständnis. Alle diese Auswüchse kann man nicht glaubwürdig kritisieren, wenn man auf die gleiche Ebene geht, als Reaktion auch in die Radikalisierung einsteigt oder auf persönliche Anfeindungen setzt. Noch hat die „community“ der Landwirte einen deutlichen Glaubwürdigkeitsvorsprung, und das ist gut so. Nur muss man auch in Tonalität und Argumentation daran arbeiten, dass das so bleibt.

2020 wird ein herausforderndes Jahr

Das Düngerecht ist nicht die letzte politische Auseinandersetzung, die es zu führen gilt und für die es Allianzen und Unterstützer auch außerhalb der Landwirtschaft braucht. 2020 wird ein äußerst herausforderndes Jahr. Die

Weichen für die GAP werden gestellt, zum einen beim Finanzrahmen und zum anderen für die Verteilung, Verwendung und Zweckbindung des Budgets. Wir müssen der Tierhaltung dringend eine Perspektive geben. Politikempfehlungen eines Kompetenznetzwerks machen nur dann Sinn, wenn nicht schon vorher per Ordnungsrecht oder über die Rechtsprechung Fakten geschaffen werden. Der Bundesrat geht an die Tierschutz-Nutztierhaltungsverordnung, und die derzeitige Antragslage lässt die Fortsetzung des Exports der Tierhaltung mittels technischer Regelungen erwarten. Verwaltungsgerichtsurteile stellen Haltungsformen im Grundsatz in Frage (so hat es beim Kastenstand auch angefangen).

Im Dialog zum Ziel!

Wir müssen mit dem Lebensmittelhandel zu einer Vereinbarung über den weiteren Weg beim Qualitätsmanagement, bei der Haltungsformkennzeichnung und in der Vermarktung heimischer Produkte kommen. Gleichzeitig sind Umbau und Weiterentwicklung der Tierhaltung durch Bau- und Genehmigungsrecht faktisch blockiert. Bei den Megathemen Artenschutz und Klimawandel ist die Landwirtschaft dringend gefragt. Wir können und wollen diese Antworten und Lösungen liefern, aber wir müssen dafür einige Rahmenbedingungen anders setzen. Diese Aufzählung können wir noch um viele Punkte verlängern, aber der entscheidende Punkt liegt darin, für den Dialog mit den Kontrahenten (oder Partnern) bereit zu sein, dort, wo das nicht der Fall ist, auf Augenhöhe zu kommen und Lösungen zu vereinbaren, die innerhalb der gezogenen roten Linien bleiben. Es war goldrichtig, auf die Schlepper zu steigen, Präsenz zu zeigen, Aufmerksamkeit zu erzeugen und Druck auf Politik und Öffentlichkeit zu machen! Aber man muss irgendwann auch absteigen, um diesen Effekt zu nutzen und im Dialog die Ergebnisse für die Landwirtschaft einzufahren.



Auch der Dialog mit Bundesumweltministerin Svenja Schulze wurde bei der Grünen Woche intensiv geführt. Im Bild mit DBV-Umweltbeauftragtem Eberhard Hartelt am Stand des DBV auf dem ErlebnisBauernhof. Foto: DBV